

Krankenanstaltenfinanzierung aus der Perspektive der sozialen Krankenversicherung

Harald Schmadlbauer

Die Krankenanstaltenfinanzierung ist eine der Großbaustellen der österreichischen Gesundheitspolitik. Österreich verfügt über eine im internationalen Vergleich sehr hohe Spitalsbettendichte, was sehr hohe Versorgungskosten nach sich zieht. Fast 12 Milliarden Euro wurden 2008 für die stationäre Behandlung von Patienten in Österreich aufgewendet.

Das wirft natürlich die Frage auf, wie dieses System finanziert wird, wer Entscheidungen trifft und ob dieser riesige Sektor gut im Sinne der Patienten und Beitragszahler gesteuert wird.

Aus Expertensicht wird vielfältige Kritik an diesem Teil des österreichischen Gesundheitswesens geübt. Diese Kritik bezieht sich zum einen auf die Versorgungsqualität. Zum Beispiel sollte eine stationäre Behandlung aus Qualitätsgründen nur dann eingesetzt werden, wenn dies aus medizinischen Gründen unbedingt notwendig ist. Der internationale Vergleich legt aber nahe, dass in Österreich viele Patienten im Spital landen, die im Rest der OECD-Staaten bestens ambulant versorgt werden. Die Kritik bezieht sich aber auch auf die (in diesem Fall fehlende) Angebotsplanung und Steuerung des Sektors, der sich durch eine selbst für Experten kaum zu durchdringende Intransparenz der Mittelströme sowie uneinheitliche Verbuchungssysteme auszeichnet.

Vergangene Reformansätze haben ihre Hauptziele, nämlich eine nachhaltige Ausgabendämpfung sowie eine bessere Steuerung und Planung der intramuralen Gesundheitsversorgung, jedenfalls nicht erreicht.

Mögliche Ursachen dafür, aber auch Ansätze für eine Neugestaltung der Rahmenbedingungen, werden in diesem Beitrag beleuchtet.